

HAUPTSTADTBRIEF KLAUS-PETER WILLSCH MDB

2024 / Ausgabe 162 – 5. Juli 2024



IN DIESER AUSGABE

Migration

Haushaltschaos

Europawahl 2024

Deutsche Verteidigungsindustrie stärken

Astro-Alex in Limburg

Taiwanreise

Ausblick

**SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,
LIEBE FREUNDE,**

mein Partei- und Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz hat es am 26. Juni im Plenum des Bundestages auf den Punkt gebracht: „Herr Bundeskanzler, Sie können das ja ignorieren, was die Wählerinnen und Wähler am 9. Juni entschieden haben. Aber ich muss doch eine Feststellung hier treffen: Sie haben für kein einziges Projekt Ihrer Regierung mehr die Unterstützung auch nur eines relevanten Teils, geschweige denn der Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland. Noch nie in der Geschichte unseres Landes hat eine Regierung so gegen die klaren Interessen der eigenen Bevölkerung regiert, wie Sie das tun.“

Um es ganz deutlich zu sagen, Deutschland hat die Ampel satt! Statt Pragmatismus und Sachverstand verheddert sich die Koalition zwischen Ideologie und Borniertheit. Während unser Land in den globalen Rankings für Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft nach unten durchgereicht wird, beschäftigt sich die Ampel mit Genderfragen und ihrem Selbstbestimmungsgesetz. Frei nach der Devise, heute bin ich Mann, morgen Frau und übermorgen mal schauen. Ist das noch Politik oder schon Realsatire?

Auch bei den Themen Sicherheit und Migration verweigert die Regierung die Arbeit. Während die unkontrollierten Migrationsströme nicht abreißen, die Zahl der ausländischen Tatverdächtigen in der Kriminalitätsstatistik explodiert und das Land von islamistischen und antisemitischen Straftaten erschüttert wird, hält die Bundesinnenministerin weiterhin die Füße still. Wie realitätsfern kann man bitte sein?

Außerdem in meinem Hauptstadtbrief Nr. 162 meine Analyse zur Europawahl, unsere Strategie zur Stärkung der deutschen Verteidigungsfähigkeit sowie ein deutscher Astronaut in meinem Wahlkreis!

Büro Berlin:

Klaus-Peter Willsch MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73124
Fax: (030) 227 76124
klaus-peter.willsch@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Klaus-Peter Willsch MdB
Hirsenstrasse 13
65329 Hohenstein
Tel.: (06120) 91 00 51
Fax: (06120) 91 00 52
klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de



MIGRATION: DER STAAT MUSS DIE KONTROLLE ZURÜCKGEWINNEN

Der Tod des jungen Polizisten in Mannheim, der einem islamistischen Attentat zum Opfer fiel, hat deutschlandweit Entsetzen ausgelöst. Auf dem Marktplatz von Mannheim stach am 31. Mai während einer Kundgebung des Islamkritikers Michael Stürzenberger ein Afghane aus islamistischen Motiven mit einem Messer auf Stürzenberger und mehrere Menschen ein und verletzte sie teils schwer. Einer der Polizisten, die zur Hilfe herbeieilten, wurde ebenfalls schwer verwundet und erlag später seinen Verletzungen. Der Attentäter war vor rund zehn Jahren als minderjähriger Asylbewerber nach Deutschland eingereist. Obwohl sein Asylantrag abgelehnt worden war, wurde er nicht abgeschoben. In den sozialen Netzwerken wird der Täter von Islamisten für das barbarische Attentat gefeiert. Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag sieht in dem Anschlag ein Zeichen, dass der Staat zunehmend die Kontrolle über Migration und Integration verliert. Die Bundesregierung muss endlich handeln: Der Staat muss endlich wieder entscheiden, wer einreisen und wer bleiben darf. Ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder müssen abgeschoben werden – völlig egal wohin, notfalls per Ausreisearrest.

In Deutschland verschärfen sich die Probleme rund um das Thema Migration und Integration. In Hamburg demonstrierten im Mai Islamisten für die Einführung des Kalifats. Die jüngste polizeiliche

Kriminalstatistik weist eine erhebliche Zunahme nicht-deutscher Tatverdächtiger aus. Bei Gewalt- und Sexualverbrechen ist der Anteil von ausländischen Tätern deutlich höher als ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung. Die Zahl antisemitischer Straftaten, die von Islamisten und anderen religiösen Extremisten begangen wurden, stieg 2023 um fast 1.300 Prozent.

Die CDU/CSU-Fraktion fordert klare Konsequenzen aus dem Attentat, vor allem die Ausweisung von Ausreisepflichtigen. Jedes Land ist berechtigt, selbst zu bestimmen, wer sich auf seinem Staatsgebiet aufhält. Gefährder und Straftäter sollen auch dann abgeschoben werden, wenn sie aus Ländern wie Afghanistan oder Syrien stammen. Hier darf es kein Pardon geben! Kein Verständnis haben wir als Union dafür, dass die Bundesregierung diese Möglichkeit seit über einem Jahr prüft, aber nicht zur Tat schreitet.

Darüber hinaus verlangen wir als CDU/CSU die Einführung eines Ausreisearrests für ausreisepflichtige ausländische Straftäter und Gefährder. Diese müssten so lange dort bleiben, bis sie freiwillig die Rückreise in ihre Heimatländer antreten. Die Union setzt sich außerdem dafür ein, dass jeder ausländische Straftäter, der von einem Gericht für bestimmte schwere Delikte zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wird, automatisch nach Verbüßung der Strafe ausgewiesen wird.

Doch das kann allenfalls der Anfang einer dringend notwendigen Migrationswende

sein. Die Regierungspolitik der ungesteuerten Migration hat keinen Rückhalt in der Bevölkerung. Allein in den Jahren 2022 und 2023 hat Deutschland rund 596.000 Asylbewerber aufgenommen. Die hohe Zahl der Asilmigranten überfordert die Aufnahmekapazitäten und Integrationsmöglichkeiten Deutschlands bei Weitem, zumal Deutschland eine zusätzliche humanitäre Verpflichtung für 1,1 Millionen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine wahrnimmt. Ein Ende des Zustroms ist auch in diesem Jahr nicht in Sicht. Für 2024 sind erneut zwischen 280.000 und 300.000 Asylanträge zu erwarten.

Für uns als CDU/CSU ist darum klar: Wir wollen die Kontrolle über die Einwanderung nach Deutschland zurückgewinnen, irreguläre Migration stoppen und humanitäre Migration auf ein integrierbares Maß begrenzen. Dafür haben wir in mehreren Anträgen und in unserem 26-Punkte-Plan vom Oktober 2023 kurzfristig wirksame Maßnahmen vorgelegt. Mittel- und langfristig wollen wir das Konzept der sicheren Drittstaaten zum Leitprinzip des europäischen Asylrechts machen: „Schutz durch Europa muss nicht heißen Schutz in Europa“. Wer nach einem Stichtag in der EU Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat außerhalb Europas überführt werden und dort das Asylverfahren durchlaufen. Erfolgreiche Anträge führen zu Schutz im Drittstaat, negative Entscheidungen zu einer Rückkehr in das Herkunftsland. Zugleich sollten Deutschland und die EU in diesem Rahmen jährlich ein Kontingent besonders schutzbedürftiger Menschen aus dem Ausland aufnehmen.

Denn gerade die besonders Hilfsbedürftigen haben oftmals keine Möglichkeit, nach Europa zu gelangen und hier Asyl zu beantragen. Mit diesem Konzept zer schlagen wir das Geschäftsmodell der Schleuser und können dem Sterben in der Wüste und im Meer ein Ende bereiten.

Und um dem erwartbaren Geschrei von links-grünen Parteien und der Migrationslobby direkt entgegenzutreten: Solche Modelle sind mit den Grundrechten, der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) und der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) vereinbar. Es gibt ein Recht auf Schutz, aber kein Recht auf freie Wahl des Schutzlandes. Die Bundesregierung muss sich jetzt für eine Nachbesserung des europäischen Asylrechts einsetzen, damit sichere Drittstaatsmodelle möglich werden. Zudem muss die Bundesregierung Gespräche mit Ruanda sowie weiteren Drittstaaten anstoßen und über die Implementierung eines solchen Modells verhandeln.

HAUSHALTSCHAOS

Alle Jahre wieder kommt das Haushaltschaos! Wenn rot-grüner Ausgabenwahn, die totale Realitätsverweigerung des Bundeskanzlers und der letzte Rest liberaler Grundüberzeugungen aufeinandertreffen, dann ist Unheil vorprogrammiert. Nachdem 2023 mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Habecks Privatschatulle, dem sogenannten Klima- und Transformationsfonds und der daraufhin folgenden

vierten Erklärung einer finanzpolitischen Notlage in Folge bereits ein haushalterisches Annus horribilis war, geht es 2024 nicht viel besser weiter. Trotz Rekordsteuereinnahmen fehlt es der Ampel an Geld, um ihre eigentlich unüberbrückbaren Differenzen zuzuschütten. Erwartbar richtet sich der linke Furor bei SPD, Grünen sowie ihren willigen Gehilfen in NGOs und Medien gegen die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse. Nähme man alle Äußerungen aus diesem Lager ernst, müsste man die Schuldenbremse geradezu für eine regelrechte Gefahr für die Stabilität der Demokratie halten. In dieser linken Logik schützt nur unkontrolliertes Geldausgeben Freiheit und Demokratie. Zum eigenen Machterhalt stilisiert die Ampel ihre eigene Inkompetenz und den eigenen Unwillen zur Priorisierung in peinlicher Selbsterhöhung von der Regierungskrise zu einer Demokratiekrise. Das ist, deutlich gesprochen, erbärmlich! Gäbe man Saskia Esken und Co. heute 100 Milliarden Euro zusätzlich für soziale Wohltaten, würden sie schon morgen die doppelte Summe fordern. Kleiner Finger, ganze Hand, das muss man bei Linken immer mitdenken! Der bayrische Ministerpräsident bezeichnete das Gebaren der Ampel jüngst als „Showdown des Niedergangs“. Wie wahr!

Und Bundeskanzler Scholz? Während sich seine Minister und die Ampelfraktionen in unwürdiger Weise öffentlich um Gelder aus dem nächsten Haushalt balgen, der Kanzler, er sagt nichts. Wochenlang haben Scholz, Habeck und Lindner

hinter verschlossenen Türen um einen Kompromiss gerungen. Nur wer blieb dabei außen vor? Der Deutsche Bundestag, der Haushaltsgesetzgeber. Ein ungeheurerlicher Vorgang exekutiver Selbstermächtigung! Dass eine Regierung so mit der demokratisch legitimierten Opposition umgeht, ist eine Schande. Dass aber die Mehrheitsfraktionen ihrer Regierung dieses Vorgehen durchgehen lassen, das grenzt an politische Selbstverzweigung. Mein Kollege Dr. Matthias Middelberg hat es in der Regierungsbefragung in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause auf den Punkt gebracht: „Das Problem, Herr Bundeskanzler, bei Ihnen ist: Sie sollten hier Rede und Antwort stehen im Parlament und Rechtfertigung abgeben gegenüber dem Parlament. Es ist schon schlimm genug, dass wir alle diese Dinge immer nur durch Zeitungslektüre erfahren; das sage ich ganz offen. Ich finde das einen unmöglichen Umgang mit dem Parlament, das am Ende diesen Haushalt ja auch noch beraten muss. So ein Haushalt hat ein paar Tausend Seiten. Also, so geht es nicht, dass Sie ewig intern beraten und dass dann mal irgendwann dem Parlament vorlegen!“

EUROPAWAHL 2024

In geopolitisch schwierigen Zeiten wählte Europa Anfang Juni ein neues Parlament. Besonders für Deutschland stand bei der Wahl viel auf dem Spiel, denn die Ampel schmälert Deutschlands Gewicht

in Europa. Deutlicher ausgedrückt, die Ampel hat Deutschland wieder zum kranken Mann Europas gemacht.

Entsprechend wichtig war das Signal des Wählers, der sein Vertrauen uns Christdemokraten geschenkt hat. Mit 30 % Stimmenanteil war die Union die mit Abstand stärkste Partei – die Ampelparteien hingegen wurden abgestraft. Die Unzufriedenheit der Bürger haben sich Scholz, Habeck, Lindner und Co. in den letzten drei Jahren redlich erarbeitet. Wirtschaftlicher Abschwung durch bürokratische Gängelung, das Reinregieren in die eigenen vier Wände der Bürger und ein beispielloses Haushaltschaos sind nur einige Gründe für das Abschmieren der Ampelparteien.

Wenn das deutsche Zugpferd lahmt, ist das ein Problem für ganz Europa; wenn die Ampel die Rückendeckung der Bevölkerung verliert, weil sie konsequent Politik gegen die Interessen der Bürger macht, ist dies ein großes Problem für die Stabilität im Land. Ist die Europawahl also ein Signal an die Ampelregierung zum Umdenken und Umschwenken gewesen? „Nö“, sagt der Bundeskanzler Olaf Scholz. Keine Selbstreflexion, kein Erklären seiner Politik, keine Lösungen für die (selbstverursachten) Probleme.

Es ist auch dieser Mangel an Kommunikation und Problemlösung, von dem die Parteien ganz rechts und ganz links stark profitieren. So konnte die AfD einen Zuwachs von 4,9 Prozentpunkten verzeichnen - trotz Personen auf den beiden Spitzenplätzen dieser Partei, denen die eigene Parteiführung quasi ein Auftrittsverbot in der heißen Phase des

Wahlkampfes verpasste. Mehr als die Hälfte der AfD-Wähler sagt in Befragungen, dass sie nicht glauben, dass die gewählte Partei bessere Problemlösungen biete, man wolle es aber den anderen Parteien „mal zeigen“. Auch ganz links war das „Bündnis Sahra Wagenknecht“, die neue SED-Nachfolgepartei der Salonkommunistin so erfolgreich, dass sie mit 6,2 Prozentpunkten aus dem Stand die gleichzeitigen Verluste der Linken (Ex-SED, PDS) (-2,8 Prozentpunkte) deutlich um mehr als das Doppelte überkompensierte.

Nach diesem erneuten Armutszeugnis für die schlechteste Regierung der bundesrepublikanischen Geschichte ist es umso wichtiger, dass die Union fast mehr Stimmen als alle Regierungsparteien zusammen erhielt. Der Auftrag der Wähler ist klar: Klare Begrenzung der Flüchtlingszahlen sowie konsequente Abschiebungen, Bürokratieabbau auf europäischer Ebene und ein klares Bekenntnis zur europäischen Sicherheitsarchitektur, die im Osten des Kontinents unter dem mörderischen Beschuss von Putins Stalinorgeln steht. Der Verantwortung für die europäische Heimat sind sich die Fraktion der Europäischen Volkspartei, der Zusammenschluss der europäischen Christdemokraten und Volksparteien, bewusst, und wird sich für ein Europa einsetzen, welches sein Gewicht auf der Weltbühne zur Geltung bringen kann. Dafür wünsche ich meinen Parteifreunden in Brüssel, insbesondere unseren beiden hessischen wiedergewählten Abgeordneten Sven Simon und Michael Gahler, eine glückliche Hand. Wenn nun die Union auf diesem

soliden Sockel weiter zulegt, wird die Ampel 2025 dann hoffentlich abgewählt, damit Deutschland unter einer unionsgeführten Regierung auch wieder ein starker Partner für unsere europäischen Freunde werden kann. Auf diese notwendige Politikwende muss die Union auf allen Ebenen hinarbeiten, ob im Kreis, im Land, im Bund oder in Europa.

DEUTSCHE VERTEIDIGUNGSINDUSTRIE STÄRKEN

Deutschland ist nicht die Waffenschmiede der Welt! Bereits heute verfolgt die Bundesrepublik Deutschland eine restriktive Genehmigungspolitik beim Export von Rüstungsgütern. Das ist die Kernaussage meiner Rede, die ich am 14. Juni 2024 im Plenum des Deutschen Bundestages gehalten habe.

Als der Bundeskanzler nach dem völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 die Zeitenwende ausrief, muss eigentlich jedem Mitglied des Bundestages klar gewesen sein, dass die Zeitenwende nicht damit erschöpft ist, dass wir einmalig ein Sondervermögen für die Ausstattung der Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro miteinander beschließen.

Diese neue Realität bedeutet auch ein klares Bekenntnis dazu, dass es in Deutschland eine gut aufgestellte, gut funktionierende, innovative Rüstungsindustrie gibt. Und unser Auftrag ist es, diese Industrie am Standort Deutschland in Zukunft zu stärken!

Zeitenwende bedeutet auch den Vorrang von Erfindergeist und Innovationskraft vor Ideologie und Denkverboten. Die unsäglichen Zivilklauseln an staatlich finanzierten Hochschulen müssen darum flächendeckend gestrichen werden! Sie sind nichts anderes als eine Beschneidung der Wissenschafts- und Forschungsfreiheit. Es ist angesichts der gegenwärtigen Situation nicht vertretbar, mit öffentlich finanzierten Einrichtungen durch solche Regelungen zu versuchen, unsere wehrtechnische Industrie vom wissenschaftlichen Fortschritt abzuschneiden! In Hessen hat die CDU-geführte Landesregierung hierfür die Weichen gestellt, die anderen Bundesländer sollten nachziehen!

Die Bundesregierung muss sich unmissverständlich zur Notwendigkeit der Förderung der deutschen Verteidigungsindustrie bekennen. Frieden, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa sind nur möglich in wehrhaften Staaten, die die Souveränität von sich und ihren Partnern wirksam gegen militärische Aggressoren verteidigen können.

Die Bundesregierung muss endlich die eigenen Versprechungen umsetzen und für alle zukünftigen Haushalte dauerhaft das 2-Prozent-Ziel erreichen. Für die Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr und die Perspektiven der wehrtechnischen Industrie ist es zentral, dass die Mittel für Beschaffungsvorhaben im Kernhaushalt auskömmlich sind und steigen.

Aktuell ist das Gegenteil der Fall: Der Anteil an Investitionsmitteln sinkt kontinuierlich zugunsten der laufenden

Betriebsausgaben. Das Sondervermögen ist ausschließlich darauf ausgelegt, bestehende Lücken in der Ausstattung der Bundeswehr zu schließen und sollte als Anschubfinanzierung betrachtet werden.

Der Export der Rüstungsindustrie muss deutlich gesteigert werden. Nur größere Stückzahlen ermöglichen Investitionen in Produktionskapazitäten und in Forschung und Entwicklung. Anderenfalls droht eine zunehmende Abhängigkeit von anderen rüstungsproduzierenden Staaten.

Bei der Frage, ob wir Rüstungsgüter exportieren, geht es um unser nationales Sicherheitsinteresse. Rote und grüne Fantasien von jedweden Verbandsklagerechten gegen Exportentscheidungen müssen darum endgültig und unwiderruflich beerdigt werden! Denn dabei geht es nicht um irgendwelche Fragen von Umwelt- oder Tierschutz. Und folglich darf es auch keinem Verband, keiner NGO, sei es Greenpeace, Pax Christi oder wem auch immer, gestattet werden, die legitimen Entscheidungen von Bundestag und Bundesregierung zu blockieren!

Und schlussendlich müssen wir auch allen Hirngespinnsten aus Brüssel ein für alle Mal einen Riegel vorschieben. Landesverteidigung und Heimatschutz müssen von der Bundesregierung und im Rahmen der Gesetzgebung als systemrelevant und nachhaltig anerkannt werden.

Auf europäischer Ebene muss sich die Bundesregierung für eine Einstufung der Rüstungsindustrie als nachhaltige Branche einsetzen. Keiner Bank darf es erlaubt sein, der Verteidigungsindustrie mit Hinweis auf interne ESG-Kriterien

die Finanzierung zu verweigern! Wachstum, Wohlstand und eine wertegeleitete Politik brauchen Sicherheit, die ohne eine leistungsfähige Rüstungsindustrie nicht möglich ist. Hören Sie gerne meine Rede in voller Länge in der Bundestagsmediathek. Den zugehörigen Link finden Sie nachfolgend: <https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7612966#url=L21lZGhhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZDo3NjEyOTY2&mod=mediathek>.

ASTRO-ALEX IN LIMBURG

Kürzlich durfte ich unseren deutschen ESA-Astronauten Dr. Alexander Gerst bei mir im Wahlkreis in der Stadthalle Limburg begrüßen. Vor 500 Schülern berichtete er im Rahmen des dritten Robotik-Aktionstages der IHK von seiner Tätigkeit für die Europäische Weltraumorganisation ESA und seinen zwei Weltraummissionen. Astronauten wie Alexander Gerst und die Raumfahrt im Allgemeinen sind eine unerschöpfliche Quelle der Inspiration für Menschen weltweit. Sie verkörpern den Geist der Entdeckung und ermutigen besonders junge Menschen, ihre eigenen Grenzen



zu überwinden und nach den Sternen zu greifen. Nicht zuletzt aufgrund des langjährigen deutschen Engagements für die Internationale Raumstation (ISS) ebnen wir auch den Weg für die astronautische Raumfahrt in Deutschland. Wir erinnern uns gerne an Alexander Gersts herausragende Leistungen im Rahmen der „BlueDot-Mission“ 2014, die nicht nur in Fachkreisen, sondern vor allem auch in der breiten Öffentlichkeit Begeisterung und Sympathie hervorgerufen hat. Und auch vier Jahre später, von Juni bis Dezember 2018 verbrachte Alexander Gerst sechs Monate im Rahmen seiner zweiten Mission „Horizons - Wissen für morgen“ auf der Internationalen Raumstation. In der zweiten Hälfte seiner Langzeitmission übernahm er als erster Deutscher und zweiter ESA-Astronaut überhaupt für drei Monate das Kommando über die ISS. Seine Präsenz und Arbeit im Weltraum haben nicht nur die Wissenschaft und die Raumfahrtgemeinschaft beeindruckt, sondern auch das Interesse vieler junger Menschen geweckt.

Jenseits seiner fachlichen Expertise brilliert Alexander Gerst mit der Fähigkeit, komplexe wissenschaftliche Konzepte auf spannende und verständliche Weise zu vermitteln. Seine Bilder und Botschaften aus dem All haben das Bewusstsein für die Schönheit und Komplexität unseres Planeten geschärft. So ist er zu einem Vorbild für junge Menschen geworden, die ihre Leidenschaft für Wissenschaft, Technologie, Ingenieurwesen und Mathematik entdecken. Seine Erfahrungen und Errungenschaften zeigen ihnen, dass sie ihre Träume verfolgen können, auch

wenn sie unerreichbar erscheinen mögen.

Auf diese Weise verdeutlicht sich erneut die doppelt segensreiche Wirkung von Raumfahrtforschung und Technologie. Einerseits weckt sie die Begeisterung junger Menschen für MINT-Fächer und Berufe. Diese jungen Ingenieure, Physiker, Mathematiker oder Chemikanten sind der nachwachsende Rohstoff, den unsere deutsche Wirtschaft für Innovation, Wachstum und Wohlstand von morgen braucht. Andererseits liefert die Raumfahrtforschung Spitzentechnologie für die Industrie von morgen!

PARLAMENTARISCHE DELEGATIONSREISE NACH TAIWAN

Auf Einladung der taiwanischen Regierung nahm im Mai eine überfraktionelle Delegation der Deutsch-Taiwanischen Parlamentariergruppe (Parl. Freundeskreis Berlin-Taipeh) an der Amtseinführung des taiwanischen Präsidenten teil. Im Namen aller Kollegen unserer Parlamentariergruppe haben die Kulturausschussvorsitzende Katrin Budde (SPD), Frank Schäffler (FDP), Dr. Inge Gräßle (CDU/CSU) und ich dem taiwanischen Volk sehr herzlich zu einem gelungenen demokratischen Übergang gratuliert. Dem neuen Präsidenten Lai Ching-te, seiner Vizepräsidentin Hsiao Bi-khim sowie der gesamten Regierungsmannschaft wünschten wir eine glückliche Hand, Erfolg und Gottes Segen bei den vor ihnen liegenden Aufgaben!

Die Republik China auf der Insel Taiwan ist de facto unabhängig, wird aber vom kommunistischen Festlandchina als abtrünnige Provinz betrachtet. Taiwan steht darum unter wachsendem Druck seitens Peking, sich mit dem Festland „wiederverzvereinigen“. Die Rhetorik des Diktators Xi Jinping wird dabei immer aggressiver, während militärische Drohgebärden, Repressionen gegen taiwanische Bürger und Unternehmen, Cyberangriffe und Desinformationskampagnen zunehmen. Die aggressiven Militärmanöver, die die Pekinger Kommunisten am Tag nach der Amtseinführung begonnen haben, waren völlig inakzeptabel, da sie sich gegen den in freien Wahlen zum Ausdruck gebrachten Willen der taiwanischen Bevölkerung richteten und diesen demokratischen Vorgang geringschätzig als „separatistische Bestrebungen“ zu diskreditieren versuchen. Dass China mit groß angelegten militärischen Manövern auf den demokratischen Prozess in Taiwan reagiert und gar mit „Blutvergießen“ droht, entlarvt es als das, was es ist: Eine blutige Diktatur, die sich vom taiwanischen Modell der Freiheit und Demokratie bedroht fühlt.

Taiwan ist hingegen ein Leuchtturm der Rechtstaatlichkeit und Demokratie in Asien. Die Präsidenten- und Parlamentswahlen in diesem Jahr haben dies erneut unter Beweis gestellt. Erstmals hat sich eine Situation der „Kohabitation“ zwischen Präsidenten und Parlament (Legislative-Yuan) ergeben. Während der Präsident der DPP angehört, haben im Parlament Kuomintang und TPP eine

Mehrheit und der DPP ist in der Minderheit. Der rege demokratische Prozess in Taiwan verdient unsere Anerkennung und Unterstützung. Leider orientieren sich jedoch weite Teile der Weltgemeinschaft weiterhin an der einseitigen, rotchinesischen Auslegung der sogenannten „Ein-China-Politik“. In der Folge ist Taiwan international isoliert.



Es war uns daher ein großes Anliegen, Präsident Lai und Vizepräsidentin Hsiao neben herzlichen Glückwünschen auch die Verbundenheit des Deutschen Bundestages auszudrücken. Als Zeichen der persönlichen Wertschätzung konnte ich zudem exzellenten Rheingauer Riesling aus meinem Wahlkreis als Gastgeschenk überreichen.

Dass die Vertreter des Deutschen Bundestages große Achtung in Taiwan genießen, konnte man an den Gesprächspartnern ablesen. So stand nicht nur die Teilnahme an der Amtseinführung des neuen Präsidenten Lai und der tags zuvor stattgefundenen Verabschiedung der seitherigen Präsidentin Tsai, die nach zwei Amtszeiten nicht mehr kandidieren durfte, an. Daneben gab es Zusammentreffen und Gespräche mit dem Parlamentspräsidenten Han Kuo-Yu und Vertretern der taiwanisch-deutschen Parlamentariergruppe sowie eine Audienz bei der neuen Vizepräsidentin Hsiao Bi-khim. Selbstverständlich trafen wir auch mit Vertretern deutscher

Unternehmen zusammen, die in Taiwan engagiert sind.

AUSBLICK

In vielen Bundesländern haben die Sommerferien bereits begonnen oder stehen demnächst vor der Tür. Und auch im politischen Berlin ist etwas Ruhe eingkehrt. Der Bundestag wird das nächste Mal planmäßig in der zweiten Septemberwoche zusammenkommen.

Traditionell zum Start der Sommerpause habe ich für alle, die in diesem Sommer Berlin besuchen sollten, wieder einen besonderen Tipp:

Auch 2024 wird das Spreeufer im Berliner Parlamentsviertel in den Sommermonaten allabendlich zur Bühne für eine eindrucksvolle Film und Klanginstallation über die Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland. Ab Donnerstag, den 23. Mai bis zum Tag der Deutschen Einheit am 03. Oktober können Interessierte im Parlamentsviertel in die Geschichte des Parlamentarismus in unserem Land eintauchen. Die halbstündige Bild- und Klanginstallation mit dem Titel „Menschen und Parlament – 75 Jahre. Demokratie lebendig“ wird auch in diesem Jahr an der Fassade des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses im Parlamentsviertel präsentiert.

Die Installation beginnt mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Jahr 1945 und schildert, wie sich der von Großbritannien, Frankreich und den USA besetzte Westen Deutschlands zu einem demokratischen Staat entwickelt. Erzählt

wird von der Entstehung des Grundgesetzes und von den wichtigen Wegmarken des Parlamentarismus in der Bundesrepublik. Zugleich wird die Entwicklung im östlichen, von der Sowjetunion besetzten Teil Deutschlands beleuchtet. Hier entsteht mit der DDR eine kommunistische Diktatur.

Eine empfehlenswerte Filmvorführung, die mit modernster Technik die wichtigsten Momente deutscher Parlamentsgeschichte an historischer Stelle lebendig werden lässt. Die Projektion macht zudem deutlich, dass das Parlament das Herzstück der Demokratie darstellt. Es muss selbstbewusst die Regierung wählen und kontrollieren!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Familien eine erholsame Sommerzeit. Lassen Sie uns diese wunderbare Jahreszeit in vollen Zügen genießen, ob am Strand, im Park, auf den zahlreichen Weinfesten oder den vielen Kerben und Kirmessen im Wahlkreis. Und wenn wir uns im Wahlkreis treffen, dann sprechen Sie mich gerne an! Ich freue mich immer über den anregenden Austausch mit den Bürgern in Rheingau, Untertaunus, Idsteiner Land, Goldenen Grund, Limburg oder im Westerwald! Meine Termine finden Sie auf meiner Homepage unter <https://www.klaus-peter-willsch.de/termine/>.

Herzlichst Ihr



Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wenn Sie in den E-Mail-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, schicken Sie gerne eine formlose E-Mail an klaus-peter.willsch@bundestag.de. Eine Löschung aus dem Verteiler ist genauso formlos möglich.

Veröffentlichung

Mit dem Hauptstadtbrief möchte ich öffentlich zu tagespolitischen Ereignissen Stellung beziehen. Daher darf auch gerne aus dem Hauptstadtbrief zitiert werden.

Archiv

Im Archiv können Sie unter <http://bit.ly/ZXMTnN> in meinen vergangenen Hauptstadtbriefen stöbern. Viel Spaß bei der Lektüre!

Facebook

Ihnen gefällt mein *Hauptstadtbrief* und Sie möchten immer auf dem neuesten Stand bleiben? Dann darf ich Sie herzlich einladen, mir auf Facebook zu folgen.

<https://www.facebook.com/klauspeter.willsch>